

Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB)
Groupement suisse pour les régions de montagne (SAB)
Gruppo svizzero per le regioni di montagna (SAB)
Gruppa svizra per las regiuns da muntogna (SAB)

CH - 3001 Bern · Seilerstrasse 4 · Postfach 7836 · Tel. 031 382 10 10 · Fax 031 382 10 16
 Internet: <http://www.sab.ch> E-mail: info@sab.ch Postkonto: 50 - 6480-3



Bern, 11. Dezember 2012
 TE / I 15

Bundesamt für Energie
 Sektion BP

3003 Bern

energiestrategie@bfe.admin.ch

	z. K.	Fachv.	Akt.	Sektion
DIR				
BWO				Sachb.
KOM				
BFE				Termin
OFEN				
UFE				Kopie
AEE				Akten-Nr.
AEW				
ARS				
ELC				Erledigt

14. Dez. 2012

(avec un résumé en français à la fin du document)

Stellungnahme der SAB zur Energiestrategie 2050

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB) bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme über das randvermerkte Geschäft. Die SAB vertritt als gesamtschweizerische Dachorganisation die Interessen der Berggebiete in den wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Belangen. Mitglieder der SAB sind 22 Kantone, rund 700 Gemeinden sowie zahlreiche Organisationen und Einzelmitglieder.

Wir nehmen in der Folge eine allgemeine Würdigung der Vorlage aus Sicht der SAB vor. Ergänzend dazu gehen wir auch auf Themen ein, die im Fragebogen nicht angetönt werden. Der ausgefüllte Fragebogen findet sich in der Beilage.

1. Grundsätzliche Bemerkungen

Die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete SAB erachtet den Ausstieg aus der Kernenergie und den damit verbundenen Ausbau der Energieproduktion aus erneuerbaren, einheimischen Energiequellen als Chance für die Berggebiete und ländlichen Räume. Diese Räume sind die wichtigsten Produktionsstandorte der erneuerbaren Energien. Durch die Energieproduktion können die regionale Wirtschaft gestärkt und so dringend benötigte Arbeitsplätze geschaffen werden.

Kernelement der Energiestrategie muss die Steigerung der Energieeffizienz sein. Diese darf aber nicht so ausgestaltet werden, dass sie die wirtschaftliche oder soziale Entwicklung einschränkt und zu neuen Disparitäten führt. Wir denken hier beispielsweise an weitere Abgaben oder Emissionsvorschriften. Diese müssen die unterschiedlichen räumlichen Auswirkungen berücksichtigen. Eine weitere Verschärfung der Emissionsvorschriften bei PKW's ist aus unserer Sicht auf Grund der höheren Abhängigkeit der Berggebiete und des gleichzeitigen Abbaus beim öffentlichen Regionalverkehr nicht vertretbar.

Der Ausbau der erneuerbaren Energieträger ist von nationalem Interesse. In der Interessensabwägung muss deshalb dieser Ausbau in Zukunft auf gleicher Augenhöhe mit anderen nationalen Interessen diskutiert werden. Die Schweiz hat sich zu lange ein zu enges Korsett angelegt. Zahlreiche Vorschriften etwa auch bezüglich Verfahrensabläufe wirken eher hemmend als förderlich für den Ausbau. Sie müssen deshalb in Frage gestellt und wo möglich angepasst werden.

Der Zubau neuer erneuerbarer Energieträger muss nach dem Grundsatz erfolgen, dass in erster Linie bereits anthropogen geprägte Gebiete beansprucht werden. Solaranlagen beispielsweise sind also auf bestehenden Gebäuden zu installieren und nicht dafür Landwirtschaftsflächen zu opfern. Der Idee zur Ausscheidung von Vorranggebieten über Instrumente der Raumplanung (Richtplan) stehen wir skeptisch gegenüber. Die Festlegung der Gebiete mag für die Windkraft sinnvoll sein. Bei der Wasserkraft hingegen muss sie abgelehnt werden, da sie die Verfahren weiter kompliziert und zumindest in den Kantonen, in denen die Gewässerhoheit bei den Gemeinden liegt, einen Eingriff in die Gemeindeautonomie darstellen würde.

In den Berggebieten spielt die Industrie noch eine wichtigere Rolle als im Mittelland. In den Berggebieten arbeiten 40% der Beschäftigten im zweiten Sektor, im Mittelland sind es nur noch 31%. Der Ausstieg aus der Kernenergie darf diesen wichtigen Bereich nicht benachteiligen. Hier ist insbesondere auf Ausnahmeregeln für besonders energieintensive Betriebe wie die Metallverarbeitende und die chemische Industrie zu achten.

Der Ausstieg aus der Kernenergie bedeutet, dass relativ rasch 40% der Stromproduktion ersetzt werden müssen. Dabei ist in erster Linie auf die Steigerung der Energieeffizienz und auf den Ausbau der einheimischen erneuerbaren Energieträger zu setzen. Als vorübergehende Massnahme zur Sicherung der Versorgung kann sich die SAB mit dem Zubau von WKK-Anlagen und eines Gaskombikraftwerkes einverstanden erklären, aber wie gesagt, nur als vorübergehende Massnahme. Denn diese Anlagen schaffen eine neue Abhängigkeit von Gaslieferungen aus dem Ausland und sind problematisch aus Sicht der CO₂-Bilanz.

Ebenso ist die SAB aus Sicht einer raschen Vorbereitung des Ausstiegs aus der Kernkraft einverstanden mit einem etappierten Vorgehen, wobei das erste Massnahmenpaket Priorität hat. Die SAB hätte es begrüsst, wenn bereits heute auch die Vorgaben zum zweiten Paket, d.h. der ökologischen Steuerreform bekannt wären und somit eine Gesamtbeurteilung möglich wäre. Die SAB steht einer ökologischen Steuerreform skeptisch gegenüber. Eine derartige Reform hat tief greifende Auswirkungen auf das schweizerische Steuersystem und damit auch auf die Mittelflüsse zwischen Bund und Kantonen. Es kann je nach dem neue Verteilungsdiskussionen auslösen, die dem inneren Zusammenhalt der Schweiz nicht förderlich sind. Die SAB wird die Vorlage zur Steuerreform in dieser Hinsicht kritisch prüfen, sobald sie vorliegt.

2. Spezifische Bemerkungen in Ergänzung zum vorgegebenen Fragebogen

Die Vernehmlassungsvorlage zur Energiestrategie 2050 basiert insbesondere auf dem ersten Massnahmenpaket vom 13. September 2012 sowie auf mehreren umfangreichen Hintergrundberichten. Im Massnahmenpaket sind die einzelnen Massnahmen detailliert vorgestellt und auch verworfene Optionen enthalten. Da der vorgegebene Fragebogen auf einige für uns wichtige Aspekte nicht eingeht, gestatten wir uns an dieser Stelle einige ergänzende Bemerkungen.

Energieeffizienz der Verkehrsinfrastruktur / M7.2 des Massnahmenpaketes

Hier wird die Einführung einer Tempolimite von 200 km/h auf dem Schienennetz vorgeschlagen. Die SAB spricht sich gegen die Einführung einer derartigen Tempolimite aus. Die Schweiz verfügt über ein sehr dichtes Schienennetz mit Mischverkehr. Die Schweiz sollte an diesem Konzept festhalten und nicht wie in Frankreich oder Deutschland neue Hochgeschwindigkeitsstrecken bauen. Dafür fehlt das Geld. Also muss auf dem bestehenden Netz eine Beschleunigung erzielt werden können. Tempolimiten wirken dem entgegen.

Abschaffung der Parkplatzerstellungspflicht

Diese Massnahme wurde nicht weiter verfolgt. Wir bedauern das und fordern, dass diese Massnahme wieder ins Massnahmenpaket aufgenommen wird. Die Parkplatzerstellungspflicht ist unseres Erachtens in städtischen Räumen überholt. In den städtischen Räumen ist die Erschliessungsqualität des öffentlichen Verkehrs in der Regel so hoch, dass auf das Auto verzichtet werden kann. Ein Wegfall der Parkplatzerstellungspflicht würde die Siedlungsverdichtung nach innen erleichtern, indem kompaktere Siedlungen gebaut respektive nachverdichtet werden können. Dies liegt auch im Interesse der Energiepolitik. Die Abschaffung der Parkplatzerstellungspflicht betrifft in erster Linie die urbanen Zentren und muss deshalb räumlich differenziert erfolgen.

Umsetzung der Strategie Freizeitverkehr

Wir sind erstaunt, dass die Umsetzung der Strategie Freizeitverkehr nicht weiter verfolgt werden soll. Die Strategie ist bis heute eine leere Worthülse ohne konkrete Inhalte. Dabei ist hinreichend bekannt, dass der Freizeitverkehr mit einem Anteil von rund 45% noch vor dem Pendlerverkehr der weitaus grösste Verkehrszweck ist. Hier besteht Handlungsbedarf und energetisches Sparpotenzial. Die SAB fordert deshalb,

dass die Umsetzung der Strategie Freizeitverkehr in das erste Massnahmenpaket aufgenommen wird.

Förderung der Heimarbeit

Auch die Förderung der Heimarbeit soll gemäss Bundesrat in der Energiestrategie 2050 nicht weiter verfolgt werden. Wir erachten dies als grundfalsch. Heimarbeit in einem modernen Sinn verstanden ermöglicht es Arbeitnehmenden, zumindest einen Teil ihrer Arbeit von zu Hause aus zu erledigen anstatt zum Arbeitsort zu pendeln. Durch die Reduktion der Pendlerströme werden die Verkehrsinfrastrukturen entlastet und der Energieverbrauch sinkt. Der Bund sollte deshalb alles Interesse daran haben, selber mit einer Vorbildfunktion im Bereich Heimarbeit voranzugehen und dieses Arbeitsmodell aktiv zu fördern. Mit der Aufhebung des Bundesbeschlusses über die Förderung der Heimarbeit im Jahr 2011 hat der Bund leider ein falsches Zeichen gesetzt. Durch die Unterstützung von Pilotprojekten in verschiedenen Regionen könnte der Bund dies wieder korrigieren.

Massnahmen der Raumplanung

Bei der gesamtschweizerischen Planung für den Ausbau erneuerbarer Energien wird im Vernehmlassungsbericht auf S. 48 sowie im Massnahmenpaket unter M16.3 ausgeführt, dass die Kantone die Richtplaninhalte in ihren Nutzungsplänen konkretisieren sollen. Wir verweisen hierbei darauf, dass die Nutzungspläne in der Kompetenz der Gemeinden und nicht der Kantone liegen. Die gewählte Formulierung ist somit falsch.

Förderung von Energieregionen

Energieregionen sind in der Schweiz eine relativ neue Erscheinung. Die SAB begrüsst und unterstützt Bestrebungen in diese Richtung ausdrücklich. Energieregionen tragen wesentlich zur Bewusstseinsbildung für energetische Fragen in den Regionen bei und entsprechen einem gemeindeübergreifenden Ansatz. Sie erlauben eine optimale Koordination mit Ansätzen der Regionalentwicklung, insbesondere wenn der Impuls von den NRP-Regionen aus kommt und allenfalls auch die Geschäftsstelle der Energieregion hier angesiedelt wird. Die Energieregionen sind aus Sicht der Regionalwirtschaft ein viel versprechender Ansatz, um mehr Wertsschöpfung in den Regionen zu generieren, was gerade für ländliche Regionen dringend nötig ist. Wir würden es deshalb begrüssen, wenn die Mittel für die Unterstützung der Energieregionen wesentlich aufgestockt würden statt auf 0,5 Mio. Fr. p.a. (Erstes Massnahmenpaket S. 76) auf 2 Mio. Fr. p.a.

3. Zusammenfassung

Die SAB unterstützt die Stossrichtung der Energiestrategie 2050. Die SAB sieht im Ausbau der erneuerbaren Energien ein grosses Potenzial für die Berggebiete und ländlichen Räume. In diesem Zusammenhang sind auch die Energieregionen aus der Perspektive der Regionalentwicklung ein äusserst begrüssenswerter Ansatz, der weiter gestärkt werden muss. Beim Ausbau der erneuerbaren Energien spielt die Wasserkraft eine wichtige Rolle. Zudem sollte vor allem auf bereits bestehenden Gebäuden und Anlagen der Ausbau der Solarenergie forciert und in anthropogen überformten Gebieten das Potenzial der Windenergie genutzt werden. Die Verwertung der Biomasse ist vor allem in der Landwirtschaftszone als standortgebunden voranzutreiben. Der Ausbau der erneuerbaren Energien wird

zwangsläufig zu weiteren Konflikten mit anderen Nutzungsansprüchen insbesondere seitens des Umweltschutzes führen. Es ist deshalb wichtig, dass die Energieversorgung als von nationalem Interesse eingestuft wird und somit bei der Interessensabwägung mindestens das gleiche Gewicht erhält wie der Umweltschutz.

Die Massnahmen in Zusammenhang mit der Energiestrategie dürfen keine neuen räumlichen Disparitäten schaffen. Auf die unterschiedlichen regionalen Gegebenheiten ist Rücksicht zu nehmen. Das betrifft beispielsweise die Emissionsvorschriften für PW's und Lieferwagen. Im Berggebiet ist Topographie- und witterungsbedingt der Anteil an vierradgetriebenen und leistungsstarken Fahrzeugen höher als im Mittelland. Eine weitere Verschärfung von Emissionsvorschriften kann deshalb nicht akzeptiert werden. abgelehnt wird von der SAB ferner die Festlegung von Vorranggebieten für die Energieproduktion aus Wasserkraft auf Stufe Richtplan, da damit die Verfahren weiter verkompliziert würden und dieses Vorgehen je nach dem einen Eingriff in die Gemeindeautonomie bedeuten würde.

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unserer Anliegen und verbleiben

mit freundlichen Grüssen

**SCHWEIZERISCHE ARBEITSGEMEINSCHAFT
FÜR DIE BERGGEBIETE (SAB)**

Der Präsident:

Der Direktor:


Ständerat Isidor Baumann


Thomas Egger

Résumé :

Le Groupement suisse pour les régions de montagne (SAB) soutient largement la Stratégie énergétique 2050, élaborée par le Conseil fédéral. Le SAB est d'avis que cette décision permettra de développer la production d'énergies renouvelables, en particulier dans les régions de montagne et dans les espaces ruraux. Toutefois, il est souhaitable d'utiliser les possibilités et infrastructures existantes, pour augmenter la part des énergies renouvelables. Ainsi, il faut tirer parti du potentiel hydraulique et installer les infrastructures de production d'énergie renouvelable là où des potentiels existent (par exemple utiliser le toit des constructions agricoles pour installer des panneaux photovoltaïques). D'autre part, la mise en œuvre de cette stratégie provoquera inévitablement des conflits avec les milieux de la protection de l'environnement. Dans ce contexte, il faudra veiller à ce que l'approvisionnement énergétique du pays soit considéré comme une préoccupation au moins aussi importante que la protection environnementale.

Fragebogen zur Vernehmlassungsvorlage der Energiestrategie 2050

Antwortende Organisation:

Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete SAB

Postfach 7836, 3001 Bern

Inhalt

Fragebogen zur Vernehmlassungsvorlage der Energiestrategie 2050	1
Allgemeine Fragen	3
Kernenergiegesetz	4
Zweck, Ziele, Grundsätze Energiegesetz	5
Energieeffizienz	5
Gebäude	5
Mobilität	6
Energieversorgungsunternehmen und Unternehmen der Energiewirtschaft	7
Industrie und Dienstleistungen	8
Erneuerbare Energien	9
Anschlussbedingungen und Abnahme- und Vergütungspflicht	10
Einspeisevergütungssystem	10
Einmaliger Beitrag für kleine Photovoltaik-Anlagen	11
Netzzuschlag	12
Fossile Kraftwerke	12
Netze	14

Anleitung zum Ankreuzen der Fragekästchen: Doppelklick auf Kästchen und anschliessend „Aktiviert“ anklicken.

Allgemeine Fragen

1. Sind Sie insgesamt mit der Vernehmlassungsvorlage zur Energiestrategie 2050 einverstanden?

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete SAB erachtet den Ausbau der Energieproduktion aus erneuerbaren, einheimischen Energiequellen als grosse Chance für die Berggebiete und ländlichen Räume. Diese Räume sind die wichtigsten Produktionsstandorte der erneuerbaren Energien. Durch die Energieproduktion können die regionale Wirtschaft gestärkt und so dringend benötigte Arbeitsplätze geschaffen werden.

Kernelement der Energiestrategie muss die Steigerung der Energieeffizienz sein. Diese darf aber nicht so ausgestaltet werden, dass sie die wirtschaftliche oder soziale Entwicklung einschränkt und zu neuen Disparitäten führt. Wir denken hier beispielsweise an weitere Abgaben oder Emissionsvorschriften. Diese müssen die unterschiedlichen räumlichen Auswirkungen berücksichtigen. Eine weitere Verschärfung der Emissionsvorschriften bei PKW's ist aus unserer Sicht auf Grund der höheren Abhängigkeit der Berggebiete und des gleichzeitigen Abbaus beim öffentlichen Regionalverkehr nicht vertretbar.

Der Ausbau der erneuerbaren Energieträger ist von nationalem Interesse. In der Interessensabwägung muss deshalb dieser Ausbau in Zukunft auf gleicher Augenhöhe mit anderen nationalen Interessen diskutiert werden. Die Schweiz hat sich zu lange ein zu enges Korsett angelegt. Zahlreiche Vorschriften etwa auch bezüglich Verfahrensabläufe wirken eher hemmend als förderlich für den Ausbau. Sie müssen deshalb in Frage gestellt und wo möglich angepasst werden.

Der Zubau neuer erneuerbarer Energieträger muss nach dem Grundsatz erfolgen, dass in erster Linie bereits anthropogen geprägte Gebiete beansprucht werden. Solaranlagen beispielsweise sind also auf bestehenden Gebäuden zu installieren und nicht dafür Landwirtschaftsflächen zu opfern. Der Idee zur Ausscheidung von Vorranggebieten über Instrumente der Raumplanung (Richtplan) stehen wir demgegenüber skeptisch gegenüber, da sie die Verfahren weiter kompliziert. Die Festlegung der Vorranggebiete ist für Windkraftanlagen geeignet, nicht aber für die Wasserkraft. Denn die Wasserkraft liegt in einigen Kantonen in kommunaler Hoheit. Die Festlegung über den Richtplan würde einen Eingriff in die kommunale Hoheit darstellen.

In den Berggebieten spielt die Industrie noch eine wichtigere Rolle als im Mittelland. In den Berggebieten arbeiten 40% der Beschäftigten im zweiten Sektor, im Mittelland sind es nur noch 31%. Der Ausstieg aus der Kernenergie darf diesen wichtigen Bereich nicht benachteiligen. Hier ist insbesondere auf Ausnahmeregelungen für besonders energieintensive Betriebe wie die Metallverarbeitende und die chemische Industrie zu achten.

2. Sind Sie mit dem etappierten Vorgehen der Energiestrategie 2050 einverstanden (zweite Etappe gemäss Ziffer 1.4 im erläuternden Bericht)?

Erläuternder Bericht: 1.3 (erstes Massnahmenpaket), 1.4 (zweite Etappe)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Wir sind mit dem etappierten Vorgehen einverstanden. Die Massnahmen des ersten Paketes können relativ rasch umgesetzt werden und so den Ausstieg aus der Kernenergie vorbereiten. Das zweite Teilpaket mit einer ökologischen Steuerreform wird sehr weitgehende Auswirkungen auf zahlreiche Bereiche haben und bedingt auch eine Verfassungsabstimmung. Wir werden uns dazu äussern, sobald die entsprechenden Eckwerte bekannt sind.

3. Sind Sie damit einverstanden, den schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie mit dem vorliegenden Massnahmenpaket zu verknüpfen?

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Kernenergiegesetz

4. Sind Sie damit einverstanden, dass Rahmenbewilligungen für die Erstellung neuer Kernkraftwerke nicht mehr erteilt werden dürfen?

Kernenergiegesetz, Art. 12 Abs. 4 (neu)

Erläuternder Bericht: 1.2 sowie 2.2.6

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Dieses Vorgehen erlaubt einen sukzessiven Ausstieg aus der Kernenergie. Eine unmittelbare Abschaltung der laufenden Kernkraftwerke würde demgegenüber zu einem Energiekollaps führen.

Zweck, Ziele, Grundsätze Energiegesetz

5. Sind Sie damit einverstanden, dass Ausbauziele für die Produktion von Elektrizität aus erneuerbaren Energien sowie Verbrauchsziele gesetzlich festgelegt werden?

EnG Art. 2 und 4, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: Gesamt sowie insbesondere 1.2, 1.3, 1.6, 2.1 (1. Kapitel)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Wir sind grundsätzlich damit einverstanden, dass quantitative Ziele im Energiegesetz fest geschrieben werden.

Beim Ausbau der neuen erneuerbaren Energien um 24,22 TWh spielt die Solarenergie mit 11,12 TWh die wichtigste Rolle. Dieser massive Ausbau muss so ausgestaltet werden, dass in erster Linie bestehende Gebäude und Anlagen als Standorte für Solaranlagen verwendet werden. Hier sehen wir noch ein grosses Potenzial. Die Ausschöpfung dieses Potenzials muss Vorrang haben vor Aspekten des Denkmal- und Ortsbildschutzes.

Der Ausbau der Wasserkraft um 3,2 TWh im Jahr 2050 entspricht der Potenzialanalyse des BfE vom Juni 2012. Dabei ist zu beachten, dass die neuen Gewässerschutzvorschriften den möglichen Ausbau um 1,4 TWh schmälern. Ohne diese wäre ein Ausbau um 4,6 TWh möglich.

Energieeffizienz

Gebäude

6. Sind Sie mit der vorgesehenen Erhöhung der Gesamtmittel von Bund und Kantonen zur Verstärkung des Gebäudeprogramms ab 2015 auf maximal 600 Millionen Franken pro Jahr einverstanden?

CO₂-Gesetz, Änderungen Art. 29 und Art. 34

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Gebäude) sowie 2.2.2

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

7. Welche Variante bevorzugen Sie bei der Änderung der gesetzlichen Grundlage für die Verwendung des Ertrags aus der CO₂-Abgabe für den Gebäudebereich?

CO₂-Gesetz, Änderungen Art. 29 und Art. 34

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Gebäude) sowie 2.2.2

- ☐ Variante 1 (*CO₂-Gesetz, Änderungen Art. 29 und 34, Variante 1*)
☐ Variante 2 (*CO₂-Gesetz, Änderungen Art. 29 und 34, Variante 2*)
☒ Keine der beiden Varianten
☐ Keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die Variante 1 sieht eine Erhöhung der CO₂-Abgabe auf von derzeit 36 auf neu 60 Fr. / Tonne CO₂ vor. Die Kantone müssten nicht nur 80 – 100 Mio. Fr. sondern neu bis zu 300 Mio. Fr. pro Jahr beisteuern. Der Bund kann die zusätzlichen Mittel aus den Erträgen der CO₂-Abgabe entnehmen. Bei den Kantonen müssten sie jedoch aus den ordentlichen Haushalten bestritten werden. Diese zusätzliche Belastung der Kantone von rund 200 Mio. Fr. ist nicht akzeptabel.

Die Variante 2 sieht eine Erhöhung der Abgabe auf 90 Fr. / Tonne CO₂ vor. Die Kantone müssten ihre Mittel auf 150 Mio. Fr. aufstocken.

Eine Erhöhung der Abgabe auf 60 Fr. / Tonne CO₂ kann von uns unterstützt werden, jedoch nicht die Erhöhung auf 90 Fr. / Tonne CO₂. Das spricht für Variante 1, dagegen spricht jedoch die hohe zusätzliche Kantonsbelastung.

Wir schlagen deshalb eine Mischvariante vor: Erhöhung der Abgabe auf 60 Fr. / Tonne CO₂ und Beteiligung der Kantone von 150 Mio. Fr. Wir sind uns bewusst, dass dadurch die Wirkung nicht so stark erhöht wird, wie vom Bundesrat vorgeschlagen.

8. Sind Sie damit einverstanden, dass Kosten für Gebäudeinvestitionen, die dem Energiesparen und dem Umweltschutz dienen, über drei Jahre verteilt steuerlich abgezogen werden können, und dass ab 2025 Investitionen (vgl. erläuternder Bericht: 2.2.3), die dem Energiesparen und dem Umweltschutz dienen nur dann steuerlich abzugsberechtigt sind, wenn das betroffene Gebäude einen bestimmten energetischen Mindeststandard aufweist? *Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer, Art. 31a (neu), Art. 32 Abs. 2^{bis} (neu), Art. 32 Abs. 2^{ter} (neu), Art. 67a (neu) und Art. 205e (neu); Bundesgesetz über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden, Art. 9 Abs. 3^{bis} bis Abs. 3^{quinquies} (neu), Art. 10 Abs. 1^{ter} (neu), Art. 25 Abs. 1^{ter} und Art. 72q (neu) und 78f (neu)*
Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Gebäude), 2.2.3 und 2.2.4

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die Abzugsberechtigung von den Steuern wird neu an energetische Mindeststandards geknüpft. Aus Sicht der Energiepolitik ist dieses Vorgehen richtig. Dabei ist aber zu beachten, dass es sehr unterschiedliche Gebäudetypen gibt und dass gerade bei älteren Gebäuden gewisse Mindeststandards nicht erreicht werden können. Dies betrifft z.B. ältere historische Bauten in Ortskernen, ältere Bauernhäuser, Chalets usw. Also gerade Gebäudetypen, die im Berggebiet weit verbreitet sind. Wichtig ist deshalb die Bestimmung, wonach die Mindeststandards je nach Liegenschaftstyp verschieden ausgestaltet werden. Hier ist auf die besondere Verhältnisse im Berggebiet Rücksicht zu nehmen, sonst könnte sich die SAB mit dieser Verschärfung nicht einverstanden erklären.

Mobilität

9. Sind Sie mit der Verschärfung des CO₂-Emissionszielwerts für die erstmals in Verkehr gesetzten Personenwagen auf durchschnittlich 95 g CO₂/km bis Ende 2020 einverstanden?

CO₂-Gesetz, Änderung Art. 10

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Mobilität) sowie 2.2.2

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die SAB hat sich bereits gegen die Festlegung des Emissionsgrenzwertes von 130 g CO₂/km gewehrt und lehnt auch die nun vorgeschlagene weitere Verschärfung ab.

10. Sind Sie mit der Einführung eines CO₂-Emissionszielwerts für die erstmals in Verkehr gesetzten Lieferwagen und leichten Sattelschleppern und dessen Festlegung auf durchschnittlich 175 g CO₂/km bis Ende 2017 und auf durchschnittlich 147 g CO₂/km bis Ende 2020 einverstanden?

CO₂-Gesetz, Änderung Art. 10

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Mobilität) sowie 2.2.2

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die Grenzwerte sind unseres Erachtens zu tief angesetzt. Insbesondere die im Berggebiet wichtige Land- und Forstwirtschaft sind auf leistungsstarke Fahrzeuge angewiesen. Zudem müssen im Berggebiet vermehrt vierradgetriebene Lieferwagen eingesetzt werden, um den Warentransport auch im Winter unter prekären Strassenverhältnissen gewährleisten zu können.

Energieversorgungsunternehmen und Unternehmen der Energiewirtschaft

11. Sind Sie damit einverstanden, dass Elektrizitätslieferanten Zielvorgaben zur stetigen Steigerung der Effizienz beim Elektrizitätsverbrauch erfüllen müssen (mittels Einführung von sogenannten weissen Zertifikaten)?

EnG, Art. 43 bis 46, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Energieversorgungsunternehmen) sowie 2.1 (6. Kapitel 3. Abschnitt)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Es ist für uns nicht nachvollziehbar, wie diese Massnahme umgesetzt werden soll. Energieeffizienzmassnahmen müssen unseres Erachtens primär beim Konsumverhalten ansetzen. Für die parlamentarische Debatte soll der Bundesrat aufzeigen, was er sich konkret unter dieser Vorgabe vorstellt oder dann den Bereich fallen lassen.

12. Sind Sie damit einverstanden, dass der Bund Unternehmen der Energiewirtschaft aus Gründen der Transparenz und Information verpflichten kann, Daten zu veröffentlichen (insbesondere bezüglich Strom- und Wärmeverbrauch von Kundengruppen sowie bezüglich Angeboten und Massnahmen zur Förderung einheimischer und erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz)?

EnG, Art. 62, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 2.1 (9. Kapitel)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Wir erachten diese Massnahme als sehr sinnvoll, da sie ein Benchmarking unter den Unternehmen erlaubt und für die Konsumenten Transparenz schafft.

Industrie und Dienstleistungen

13. Sind Sie mit der Ausweitung der wettbewerblichen Ausschreibungen auf Elektrizitätsproduktion und -verteilung einverstanden?

EnG, Art. 33, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Industrie und Dienstleistungen) sowie 2.1 (4. Kapitel)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Wettbewerbliche Ausschreibungen sind ein marktwirtschaftliches Instrument zur Ausschöpfung der Stromeffizienzpotenziale und werden deshalb von uns als subsidiäre Massnahme unterstützt.

14. Sind Sie damit einverstanden, dass sich Endverbraucherinnen und Endverbraucher mit einem Elektrizitätsverbrauch von mehr als 0,5 GWh pro Jahr gegenüber dem Bund zur Steigerung der Stromeffizienz sowie zur Verminderung des CO₂-Ausstosses verpflichten können und damit den Netzzuschlag rückerstattet erhalten?

EnG, Art. 38, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Industrie und Dienstleistungen) sowie 2.1 (5. Kapitel 1. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Wir erachten die Befreiungsmöglichkeit für Grossverbraucher als sehr wichtig. Gerade im Berggebiet gibt es zahlreiche energieintensive Betriebe beispielsweise in der Metallverarbeitenden und chemischen Industrie. Dass beispielsweise die Lonza in Visp im November 2012 die Entlassung von 400 Mitarbeitenden bekannt geben musste, hat neben dem ungünstigen Wechselkurs u.a. auch mit hohen Energiekosten zu tun.

Erneuerbare Energien

15. Sind Sie mit der Einführung einer gemeinsamen Planung von Bund und Kantonen sowie eines gesamtschweizerischen Ausbaupotenzialplans für den Ausbau der erneuerbaren Energien einverstanden?

EnG, Art. 11 und 12, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Unterstützende Massnahmen), 2.1 (2. Kapitel, 2. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Wenn sich alle Kantone zu einer gemeinsamen Planung bereit erklären und diese auch in ihrer Verantwortung durchführen, können wir dieses Anliegen unterstützen. Denn Energiepolitik ist in erster Linie Aufgabe der Kantone. Dem Bund darf dabei nur eine subsidiäre, unterstützende Rolle zukommen. Der Vorteil einer derartigen gemeinsamen Planung liegt insbesondere darin, Grundlagen für die Interessensabwägung bereit zu stellen. Die Planung darf aber nicht die Verfahrensabläufe weiter verzögern (vgl. Frage 16). Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist dringlich, um eine Versorgungslücke oder Abhängigkeit vom Ausland beim bevorstehenden Ausstieg aus der Kernkraft zu verhindern.

16. Sind Sie damit einverstanden, dass die Kantone verpflichtet werden, insbesondere für Wasser- und Windkraft geeignete Gebiete und Gewässerstrecken im Richtplan festzulegen und dazu einen Nutzungsplan vorzulegen?

EnG, Art. 13, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Unterstützende Massnahmen), 2.1 (2. Kapitel, 2. Abschnitt)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die Unterstellung unter die Richtplanung hätte zwar den Vorteil, dass hier räumliche Konflikte geregelt werden könnten. Mit der Ausscheidung der Gebiete in der Richtplanung würde aber ein zusätzliches Planungsverfahren eingeführt, welches den Ausbau der erneuerbaren Energien weiter verzögert. Wir können der Ausscheidung über den Richtplan nur bei Windkraftanlagen zustimmen, nicht jedoch bei der Wasserkraft. Denn es gilt zu beachten, dass die Gewässerhoheit in einigen Kantonen wie z.B. dem Wallis nicht beim Kanton sondern bei den Gemeinden liegt. Projekte zur Wassernutzung unterliegen damit demokratischen Prozessen auf Stufe Gemeinde. Diese dürfen nicht durch eine Richtplanfestlegung übersteuert resp. ausgehebelt werden.

17. Sind Sie damit einverstanden, dass für neue Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien ab einer gewissen Grösse und Bedeutung ein nationales Interesse statuiert wird?

EnG, Art. 14, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht 1.3.2 (Unterstützende Massnahmen), 2.1 (2. Kapitel, 2. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Wir erachten diese Massnahme als sehr wichtig. Bis anhin dominierte faktisch das Umweltrecht über die Energieversorgung. Dabei handelt es sich bei der Energieversorgung ebenfalls um ein Anliegen von nationalem Interesse. Es ist deshalb unerlässlich, dass die Interessensabwägung zwischen Energieproduktion und Natur- und Landschaftsschutz auf gleicher Augenhöhe erfolgen kann. Wir erachten es diesbezüglich auch als richtig, dass der ENHK verbindliche Fristen für ihre Gutachten gesetzt werden.

Anschlussbedingungen und Abnahme- und Vergütungspflicht

18. Sind Sie mit der Einführung einer Eigenverbrauchs-Regelung, d.h. der Schaffung der gesetzlichen Möglichkeit für Anlagebetreiber selbst produzierte Energie selber zu verbrauchen, einverstanden?

EnG, Art. 17 Absatz 2, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 1. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Wir unterstützen die Idee der Eigenverbrauchsregel. Wer Strom produziert, soll in erste Linie selber davon profitieren können. Das erhöht den Anreiz zur Installation entsprechender Anlagen.

Einspeisevergütungssystem

19. Sind Sie mit dem Ausschluss von Kehrlichtverbrennungs- und Klärgasanlagen sowie Anlagen, die teilweise fossile Brenn- oder Treibstoffen nutzen, aus dem Kreis der teilnahmeberechtigten Anlagen einverstanden?

EnG, Art. 18 Absatz 4, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 2. Abschnitt)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Wir sehen nicht ein, warum Kehrlichtverbrennungs- und Klärgasanlagen, welche im Besitz der öffentlichen Hand sind, schlechter gestellt werden sollen als andere Energieerzeuger.

20. Sind Sie mit der Begrenzung der jährlich zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel zur Förderung von Photovoltaik-Anlagen einverstanden? Diese Kontingentierung soll als Ersatz für die heutige mehrstufige Regelung mit Gesamtdeckel und Teildeckel dienen.

EnG, Art. 20, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 2. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die SAB unterstützt den möglichst grossen Zubau von Photovoltaik-Anlagen. Hier ist auf Grund der hohen Gestehungskosten eine sehr grosse Nachfrage nach staatlicher Förderung vorhanden. Ein Blick nach Deutschland zeigt, welches Ausmass der Zubau von Solaranlagen einnehmen kann. Ohne Kontingentierung stünden kaum mehr Mittel für andere erneuerbare Energien zur Verfügung. Die Kontingentierung wird deshalb von der SAB unterstützt.

21. Sind Sie damit einverstanden, dass für den Vollzug des Einspeisevergütungssystems und der neuen Aufgaben (Einmalvergütung für kleine Photovoltaik-Anlagen, WKK-Vergütungssystem) eine separate Stelle in der Form einer Tochtergesellschaft bei der nationalen Netzgesellschaft geschaffen wird?

EnG, Art. 65 und 66, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 2.1 (10. Kapitel)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Wir könnten uns auch vorstellen, dass diese Funktion bei der Swissgrid bleibt um nicht nochmals eine neue Behörde / Unternehmung zu schaffen.

Einmaliger Beitrag für kleine Photovoltaik-Anlagen

22. Sind Sie damit einverstanden, dass Photovoltaik-Anlagen mit einer Leistung unter 10 kW ausserhalb des Modells der Einspeisevergütung gefördert werden?

EnG, Art. 28-30, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 3. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Auf Grund der hohen Nachfrage (vgl. Antwort zu Frage 20) begrüssen wir diese getrennte Förderung.

23. Sind Sie damit einverstanden, dass Photovoltaik-Anlagen mit einer Leistung unter 10 kW mit einem einmaligen Beitrag (Einmalvergütung) anstelle der Einspeisevergütung gefördert werden? Oder bevorzugen Sie – als Alternative zur Einmalvergütung – das Net Metering für die künftige Förderung der kleinen Photovoltaik-Anlagen mit einer Leistung unter 10 kW?

EnG, Art. 28-30, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 3. Abschnitt)

- ☒ Einmalvergütung
☐ Net Metering
☐ Keine der erwähnten Optionen

Bemerkungen:

Photovoltaik-Kleinanlagen von privaten Hausbesitzern dienen in der Regel dem Eigenbedarf. Das Net Metering ist demgegenüber ein Modell, dass vor allem bei der Einspeisung ins Netz eine wichtige Rolle spielen wird. Es setzt aber komplexe Steuerungs- und Abrechnungsverfahren voraus. Wir bevorzugen deshalb beim heutigen Kenntnisstand das Modell der Einmalvergütung.

24. Sind Sie mit damit einverstanden, dass die kleinen Photovoltaik-Anlagen unter 10 kW auf der Warteliste (ohne positiven Bescheid) vom Einspeisevergütungssystem ausgenommen und mittels Einmalvergütung gefördert werden?

EnG, Art 71, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 2.1 (3. Kapitel, 2. Abschnitt sowie 12. Kapitel)

- ☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Angesichts des grossen Gesuchsüberhangs erscheint dieser klare Schnitt als der einzig gangbare Weg.

Netzzuschlag

25. Sind Sie mit der Entfernung des Gesamtdeckels sowie der Teildeckel für die Finanzierung der Vergütungen einverstanden?

EnG, Art 36, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (5. Kapitel)

- ☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die Deckelung hat in der Vergangenheit zu zahlreichen Diskussionen Anlass gegeben und soll deshalb richtigerweise fallen gelassen werden.

Fossile Kraftwerke

26. Sind Sie mit der Einführung eines WKK-Vergütungssystems einverstanden?

EnG, Art 31 ff., Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.3 sowie 2.1 (3. Kapitel, 4. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Wir erachten WKK-Anlagen als wichtigen Bestandteil zur Gewährleistung der Energieversorgung. WKK- Anlagen und insbesondere Gaskombikraftwerke erhöhen aber auch die Abhängigkeit von Energieimporten aus dem Ausland. Sie sind zudem problematisch in Bezug auf die CO₂-Bilanz. Wir sehen diese Produktionsformen deshalb nur als Übergangslösung bis der Energiebedarf möglichst weitgehend aus einheimischen, erneuerbaren Energieträgern gedeckt werden kann.

Da es sich unseres Erachtens um eine Übergangslösung handelt, ist auch die Förderung über ein separates Vergütungssystem richtig. Richtig ist ferner die Vorschrift zur vollständigen Kompensation der CO₂-Emissionen in der Schweiz.

27. Sind Sie mit dem Förderbereich des Vergütungssystems für WKK einverstanden (Anlagen mit einer Feuerungswärmeleistung von 0,35 MW bis und mit 20 MW)?

EnG, Art.31 Abs. 1, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.3 sowie 2.1 (3. Kapitel, 4. Abschnitt)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

28. Sind Sie mit der Einführung einer Verpflichtung zur Kompensation sämtlicher verursachter Emissionen, unter gleichzeitiger Befreiung von der CO₂-Abgabe, für Anlagen, die am WKK-Vergütungssystem teilnehmen, einverstanden?

CO₂-Gesetz, Art. 22 Abs. 4bis (neu)

Erläuternder Bericht: 1.3.3 sowie 2.2.2

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

29. Welche alternative Fördermöglichkeiten für die Wärme-Kraft-Kopplung schlagen Sie vor?

.....
.....
.....
.....

Netze

30. Sind Sie mit den vorgeschlagenen Regelungen zur Verfahrensbeschleunigung auf dem Gebiet des Elektrizitätsrechts einverstanden? Dazu gehört insbesondere, dass der Zugang ans Bundesgericht auf Rechtsfragen von grundsätzlicher Bedeutung eingeschränkt wird.

Bundesgerichtsgesetz, Art. 83 Bst. w (neu)

Erläuternder Bericht: 1.3.4 sowie 2.2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die Vergangenheit zeigt, dass der Ausbau der Netze allzu oft durch gerichtliche Verfahren behindert wird. Die Umsetzung der Energiestrategie 2050 erfordert jedoch den substanziellen Ausbau und die Erneuerung der bestehenden Netze. Wir erwarten in diesem Zusammenhang aber auch, dass vermehrt die Erdverlegung der Kabelnetze in Betracht gezogen wird, um schädliche Auswirkungen auf das Landschaftsbild als Ressource des Tourismus und Einschränkungen der Wohnqualität der einheimischen Bevölkerung zu vermeiden.

31. Sind Sie mit den vorgeschlagenen Regelungen zur Einführung und Kostentragung von intelligenten Messsystemen einverstanden?

Dies betrifft insbesondere die Delegationsnormen zur Einführung und zur Festlegung von Mindestanforderungen sowie die Möglichkeit für die Netzbetreiber, die Kosten der Einführung gesetzlich vorgeschriebener intelligenter Messsysteme als anrechenbare Netzkosten auf die Endkundinnen und -kunden zu überwälzen

Stromversorgungsgesetz, Art. 15 Abs.1 und 1bis (neu) sowie Art. 17a (neu)

Erläuternder Bericht: 1.3.4 sowie 2.2.8

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Wir erachten es als richtig, dass Smart Metering in Eigenverantwortung von den Netzbetreibern eingeführt und nicht staatlich gefördert wird. Die Einführung dieser Systeme wird dann erfolgen, wenn sie marktreif und technisch durchführbar sind.